

und erregte Szenen zeitigen, da die Gegner der Verträge zu einem letzten energischen Vorstoße wider sie entschlossen sind. Nach den Ergebnissen der Kommissionsverhandlungen zu urtheilen, kann indessen die schließliche Genehmigung der sogenannten kleinen Handelsverträge trotz alledem so gut wie gesichert gelten und würde der Reichstag hiermit die erste der bedeutungsvolleren Aufgaben seiner gegenwärtigen Session gelöst haben.

Zum Kapitel der preussisch-württembergischen Verstimnungen liegen nach wie vor recht widerspruchsvolle Mittheilungen und Behauptungen vor, welche eine richtige Beurtheilung des seltsamen Zwischenfalles sehr erschweren. Außerdem tauchen fortgesetzt neue Versionen in der Angelegenheit auf; so behauptet u. A. eine Stuttgarter Meldung des „Bair. Courier“ in München, der Kaiser habe bei seinem Jagdbesuch dem König Wilhelm den Verzicht auf die militärische Oberhoheit nach badischem Muster nahegelegt. Selbstverständlich kann diese sensationelle Nachricht nur mit größter Vorsicht aufgenommen werden, aber die Meldung mag immerhin bezeichnend für die in der württembergischen Hauptstadt herrschende Erregung und für die daselbst umlaufenden Gerüchte sein. Inzwischen soll bekanntlich ein schriftlicher Gedankenaustausch zwischen dem Kaiser und dem König von Württemberg über die herrschenden Differenzen stattgefunden haben und darf man wohl von diesem Briefwechsel zwischen beiden Souveränen eine baldige und freundschaftliche Beilegung der Mißverständnisse zwischen Berlin und Stuttgart erwarten.

Im Bureau des Reichstages hat sich diesmal eine solche Fülle von Initiativanträgen angesammelt, daß Präsident v. Devogon gesprächsweise erklärt hat, der Reichstag müßte, sollten dieselben alle erledigt werden, zwei Jahre hinter einander versammelt bleiben. Selbstverständlich wird auch in der gegenwärtigen Session des Hauses die übergroße Mehrzahl der vorhandenen Anträge unerledigt bleiben müssen und nichts als „schätzbares Material“ für nachfolgende parlamentarische Geschlechter darstellen.

Die deutsch-russischen Handelsvertrags-Unterhandlungen in Berlin werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach in das neue Jahr hineinziehen; die erst in den letzten Tagen wiederum aufgetauchten Versicherungen, der erstrebte deutsch-russische Vertrag könne so gut als perfekt betrachtet werden, sind wohl nichts als willkürliche Muthmaßungen. Immerhin scheint es doch, als ob diese Unterhandlungen endlich in ein günstigeres Fahrwasser eingelenkt hätten, von verschiedenen Seiten wird übereinstimmend gemeldet, daß die russischen Unterhändler sich jetzt zu größeren Zugeständnissen bequemt hätten, welche die Aussicht auf einen positiven Erfolg der schwebenden Verhandlungen eröffnen.

Wie in Sachsen, sollen in der nächsten Zeit auch in Preußen größere Truppenübungen für einen Winterfeldzug stattfinden. An diesen Übungen sollen, wie aus Berlin berichtet wird, u. A. sämtliche Truppen der Garde theilnehmen. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei den Genietruppen, in erster Linie den Pionieren und auch dem Gardetrain, zugewendet werden. Da der Brückentrain sicherem Vernehmen nach mit in die bevorstehende Winterübung rückt, scheint ein Flußübergang über die Havel in der Nähe von Brandenburg geplant zu sein unter der Annahme, daß dort keine festen Brücken vorhanden seien. Der „Allg. Mil. Corr.“ zufolge sollen im nächsten Jahre, außer den eigentlichen Herbstmanövern, im Laufe des Sommers unter Leitung der beiden Kavallerie-Inspektoren je eine größere Kavallerie-Übungsreise von Generalen und Stabsoffizieren der Kavallerie und Kommandeuren reitender Abtheilungen der Feldartillerie vorgenommen werden. Außerdem werden eine Befestigungs- und Angriffsübung unter Betheiligung aller Waffen, sowie größere Pionierübungen stattfinden. — Wie ferner in militärischen Kreisen verlautet, sollen bei den diesjährigen Winterübungen der Garbetruppen bei günstigen Eisverhältnissen auf der Havel Versuche mit Segelschlitten angestellt werden.

Die Versuche, eine antiministerielle Vereinigung im österreichischen Abgeordnetenhaus zu Stande zu bringen, welche alle nicht zur Regierungspartei gehörenden slavischen Abgeordneten umfassen soll, werden kräftigst weitergefordert. Soeben hat der Jungtschechen-Klub seinen Entschluß erklärt, der erstrebten Koalition sämtlicher oppositionellen slavischen Klubs beizutreten. Diese neue Opposition würde demnach aus den beiden tschechischen Fraktionen, dem Ruthenen-Klub und den aus dem Hohenwarth-Klub ausgeschiedenen und zu einer besonderen Gruppe zusammen-

getretenen croatischen und slowenischen Abgeordneten bestehen, sie dürfte etwa 60 Mitglieder umfassen. Da mit ihr die gleichfalls oppositionellen Gruppen der Antisemiten und Deutschnationalen in den weitaus meisten Fällen voraussichtlich zusammengehen werden, so sieht sich jetzt das Ministerium Windischgrätz einer festgelegten Opposition gegenüber, die zunächst freilich zur Ohnmacht verdammt ist. Kritisch würde die Situation für die Regierung erst dann werden, wenn innerhalb der deutsch-polnisch-konservativen Mehrheit Differenzen und Spaltungen entstehen würden, hoffentlich bleibt aber der feste Zusammenhalt der drei regierungsfreundlichen Parteien gewahrt.

In Oesterreich zieht die Periode der Session der Einzellandtage wieder herauf. Durch kaiserliches Patent sind die Landtage von Niederösterreich, Steiermark, Mähren, Böhren und Galizien auf den 19. d. Mts., diejenigen von Böhmen, Krain und Schlesien auf den 28. d. Mts., von Oberösterreich und Istrien auf den 3. Januar 1894, die Landtage von Dalmatien, Salzburg, Galizien, Kärnten, der Bukowina und von Vorarlberg endlich auf den 10. Januar 1894 einberufen worden. Von den Landtagen der österreichischen Kronländer bleibt also nur derjenige von Tirol vorläufig noch zu Hause. Die Einzellandtage finden bei ihrem Wiederzusammentritte alle insofern eine veränderte Situation vor, als inzwischen der Wechsel in der Centralregierung in Gestalt der Erziehung des Ministeriums Taaffe durch das Koalitionskabinet Windischgrätz stattgefunden hat. Man darf immerhin gespannt darauf sein, wie diese total veränderte Sachlage auf die österreichischen Provinzialparlamente einwirken wird, speziell was die Prager Landstube mit den daselbst vorhandenen Gegensätzen zwischen Deutschthum und Czechenthum anbelangt.

Am Himmel des frischgebildeten französischen Ministerium Casimir-Perier ist bereits ein bedrohliches dunkles Wölkchen erschienen, aus welchem unter Umständen der vernichtende Blitzstrahl auf die neue Regierung herabzuden kann. Für die Montagsitzung der Deputirtenkammer stand zunächst der Antrag des Sozialisten Basly über den kürzlichen Bergmannsstreik in Nordfrankreich auf der Tagesordnung. Die Regierung hat sich schon vorher gegen den Antrag erklärt, dessen agitatorische, aufreizende Tendenz auch klar zu Tage liegt. Trotzdem verlautet aber, ein Theil des Antrages Basly, so weit letzterer sich auf Anstellung einer Enquete über den Streik und namentlich über die angebliche Ausbeutung der Grubenarbeiter bezieht, würde möglicher Weise von der Kammer in Berathung gezogen werden, was eine offenkundige Schloppe des Kabinetts wäre, sollte letzteres nicht noch nachträglich in die Berathung des Antrages einwilligen.

In Italien tritt ein abermaliges Ministerium Crispi in die Erscheinung. Zanardelli ist mit seiner Aufgabe, das neue Kabinet zu Stande zu bringen, gescheitert und inmitten der nun herrschenden Verwirrung in Rom erscheint Crispi als der einzige geeignete Mann, wieder Ordnung in das bestehende politische Chaos zu bringen. Einen offiziellen Auftrag zur Kabinettsbildung hatte Crispi bis zum Sonnabend jedoch noch nicht erhalten, obwohl er zum König berufen worden war und darauf mit mehreren angesehenen Politikern, darunter Saracco und Somino, Unterredungen hatte. Indessen ist kaum mehr zu bezweifeln, daß die jüngste italienische Ministerkrisis ihre endliche Lösung dadurch findet, daß Crispi von Neuem die Leitung der Staatsgeschäfte übernimmt.

Dem neuen Ministerium Grutich in Serbien ist von seinem Vorgänger, dem Kabinet Dokitsch, unter anderen unangenehmen Erbschaften auch diejenige bedenkllicher handelspolitischer Differenzen mit Oesterreich überkommen. Eine Beseitigung derselben war insofern überhebenden Auftretens des Kabinetts Dokitsch nicht möglich, die neue Belgrader Regierung indessen findet es für klug, dem mächtigen Nachbarstaate gegenüber gelindere Saiten anzuziehen. Sie hat in Wien entgegenkommende Vorschläge gemacht, welche eine Beseitigung der handelspolitischen Spannung zwischen Oesterreich und Serbien erwidern lassen.

Die portugiesischen Kammern oder Cortes sind durch königliches Dekret aufgelöst worden, die Neuwahlen finden am 14. Januar statt. Ueber die Gründe dieser Kammerauflösung liegen aus Lissabon noch keine näheren Meldungen vor.

Die spanische Regierung präsentiert jetzt dem Sultan von Marokko ihre Rechnung wegen des jüngsten Zwischenfalles von Melilla. Gutem Vernehmen nach fordert sie durch General Martinez Campos zeitweilige Besetzung des maro-

kanischen Gebietes bei Melilla durch spanische Truppen, Auslieferung von 12,000 Gewehren seitens der Rabhlyen, Stellung von Geiseln und Bestrafung der feindlichen Rabhlyenhäuptlinge. Die Antwort Marokkos auf diese Forderungen ist anscheinend noch nicht eingetroffen.

Von der Sache des brasilianischen Prääsidenten und Diktators Peigoto fallen immer mehr einflußreiche und in hohen Stellungen befindliche Personen ab. Jetzt ist auch Admiral Gonzales, unter dessen Oberkommando die augenblicklich vor Montevideo ankernden brasilianischen Kriegsschiffe „Tiradentes“ und „Bahia“ stehen, zu den Insurgenten übergegangen; merkwürdiger Weise hat der Admiral vorher von Peigoto in aller Form seinen Abschied erhalten. Von einem der Führer der aufständischen Flotte, Admiral Gama, ist ein Manifest erlassen. In demselben spendet der Admiral denjenigen Lob, die für die Befreiung des Vaterlandes vom militärischen Despotismus, von Unterjochung und Anarchie, sowie für die Wiederherstellung der am 15. November infolge einer Militärverschwörung gestürzten Regierung kämpften. Das Manifest schließt mit der Versicherung, das Volk würde über die Form der künftigen Regierung befragt werden.

Berlin, 9. Dezember. In parlamentarischen Kreisen verlautet, bezüglich der Weinfsteuer seien im Reichstage Erfolg versprechende Unterhandlungen im Gange, die Naturweine ganz auszuschließen und das Projekt auf Schaumwein und Kunstwein zu beschränken, vielleicht mit erhöhten Sägen.

Berlin, 10. Dez. Das Pariser Bombenattentat machte tiefen Eindruck. Selbst Regierungskreise befürworten jetzt energische internationale Maßregeln gegen die Anarchisten.

Berlin, 11. Dezbr. Der „Börsenkurier“ verzeichnet ein Gerücht, wonach bei den Börsenvorständen anlässlich des Pariser Attentats der Antrag auf Schließung der Börsengalerien für das Publikum eingebracht werden soll.

Eine von dem deutsch-österreichischen Alpenverein eingesetzte Kommission ist gegenwärtig in Berlin versammelt, um einem Beschluß der General-Versammlung gemäß zur Feier des im nächsten Jahre bevorstehenden 25jährigen Jubiläums eine Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der sämtlichen etwa 1100 Alpenführer zu begründen.

Der Reichstagsabgeordnete Rektor a. D. Ahlwardt, der gegenwärtig im Strafgefängnis zu Plöthen die ihm im „Judenflintenprozeß“ zuerkannte fünfmonatliche Haftstrafe verbüßt, will eine nochmalige Verhandlung des „Judenflintenprozesses“ herbeiführen und hat deshalb, wie ein Berichterstatter meldet, dieser Tage bei der Staatsanwaltschaft des königlichen Landgerichts Berlin I den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt.

Wien, 10. Dez. Sämtliche Morgenblätter brüden ihren Abscheu aus über das gestrige Bombenattentat in der französischen Kammer und zollen der ruhigen und unerschrockenen Haltung des Präsidenten Dupuy ihre vollste Anerkennung. Die Blätter sprechen die Erwartung aus, daß man, wenn auch in Zukunft kaltes Blut bewahrt und Energie entwickelt werde, die Anarchie recht bald meistern und das rothe Geipensst nach kurzem Widerstand aus der Welt schaffen könne.

Paris, 9. Dezember. (Deputirtenkammer.) Während der heutigen Sitzung wurde eine Bombe von der Tribüne auf der rechten Seite geworfen. Dieselbe explodirte; ein Deputirter und zwei Quiffiers sind getödtet worden. — Die Explosion erfolgte genau um 4 Uhr. Auf den Tribünen entstand infolgedessen ein panischer Schrecken. Die auf denselben anwesenden Frauen entflohen in größter Hast. Einige Zuhörer wurden verwundet. In den Wandelgängen herrschte lebhafteste Erregung. Im Sitzungssaale verbreitete sich ein intensiver Rauch. Die Zahl der verwundeten Deputirten wird auf einige 20 geschätzt. Bei der Explosion sprangen die meisten Deputirten entsetzt auf, um aus dem Saal zu entfliehen; jedoch gelang es der Kaltblütigkeit des Präsidenten Dupuy, der ruhig auf seinem Präsidentenplatz blieb und seine Kollegen aufforderte, ihm nachzuahmen, die Ruhe und Ordnung im Sitzungssaale aufrecht zu erhalten.

Paris, 9. Dezember. Eine Extra-Ausgabe des „Temps“ schätzt die Zahl der durch das Bomben-Attentat in der Deputirtenkammer Verwundeten auf hundert; es wurden besonders viele Frauen betroffen. Viele der Verletzten haben Finger gebrochen, einem derselben wurde die Kniegelenke zertrümmert. Die Bureau der Deputirtenkammer sind in Vazarethé umgewandelt, wo diejenigen Deputirten, welche Ärzte sind,